



**Geschäftsführung
Ausschuss für Anregungen und
Beschwerden**

Herr Droske

Telefon: (0221) 221-26144

Fax: (0221) 221-26005

E-Mail: ralf.droske@stadt-koeln.de

Datum: 21.02.2012

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden** in der Wahlperiode 2009/2014 am Montag, dem 13.02.2012, 15:00 Uhr bis 17:40 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theodor-Heuss-Saal, Raum-Nr. A 119

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Horst Thelen GRÜNE

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dietmar Ciesla-Baier	SPD
Frau Polina Frebel	SPD
Herr Frank Schneider	SPD
Frau Monika Schultes	SPD
Frau Dr. Cornelia Herbers-Rauhut	CDU
Herr Efsan Kara	CDU
Herr Jürgen Koch	CDU
Herr Stephan Pohl	CDU
Herr Karsten Kretschmer	GRÜNE
Herr Markus Wiener	pro Köln

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Gerhard Brust GRÜNE

Sachkundige Bürgerin

Frau Renate Domke auf Vorschlag der FDP

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Herr Peter Löwisch auf Vorschlag der Fraktion die Linke.Köln

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Helga Schlapka	SPD
Frau Christel Tank	pro Köln
Herr Patric Sobieralski	auf Vorschlag der SPD
Herr Heinz Klein	auf Vorschlag der CDU
Herr Patrick Stamm	auf Vorschlag der CDU
Herr Helmut Metten	GRÜNE
Herr Thorsten Stöckert	auf Vorschlag der FDP
Herr Berthold Bronisz	DIE LINKE.

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Stefan Fischer	GRÜNE
---------------------	-------

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Herr Thor-Geir Zimmermann	DEINE FREUNDE
---------------------------	---------------

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Ulf Florian	auf Vorschlag der SPD
Herr Joachim Geysse	auf Vorschlag der CDU
Frau Yvonne Bußmann	FDP
Herr Georg Scheferhoff	auf Vorschlag der Grünen

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Turan Özküçük	LDK
--------------------	-----

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Der Ausschussvorsitzende Herr Thelen informiert die Ausschussmitglieder, dass die Medien von Teilen der heutigen Sitzung Foto- und Filmaufnahmen machen möchten. Er fragt, ob dagegen Bedenken bestehen. Dies ist nicht der Fall.

Herr Thelen fragt, ob es Einwände gegen das Protokoll der letzten Sitzung gibt. Dies ist nicht der Fall.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 **Mitteilungen**

- 1.1 Bilanz der Beschlüsse 2011 (wurde bereits zur Dezembersitzung umgedruckt)
4973/2011
- 1.2 Archäologische Zone/Jüdisches Museum (02-1600-82/11)
0059/2012
- 1.3 Mitteilung über zurückgewiesene Eingabe (Inobhutnahme eines Kindes, 02-1600-65-09)
0294/2012
- 1.4 Ergebnis der Lärmmessungen am Brüsseler Platz
0212/2012
- 1.5 Ermäßigte Tickets für öffentliche Verkehrsmittel bei Schulausflügen
0324/2012
- 1.6 Bürgereingabe: Domumgebung (02-1600-80-11)
0031/2012
- 1.7 Brüsseler Platz, Stellungnahme zum Gutachten des Kölner Haus- und Grundbesitzervereins
0499/2012

2 **Anfragen**

- 2.1 Mündliche Anfragen
- 2.2 Schriftliche Anfragen

3 **Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

- 3.1 Bebauung des Grundstücks Linzer Str./Düstemichstr. in Köln-Sülz mit einer temporären Kita (02-1600-37/11)
0077/2012
- 3.1.1 Mitteilung des Fachdezernates zur Bebauung des Grundstückes Linzer Str./Düstemichstr. (wurde bereits zur Dezembersitzung umgedruckt)
5045/2011

- 3.2 Bürgerantrag: Straßenentwässerung am Südfriedhof (02-1600-65/11)
4747/2011
- 3.3 Bürgereingabe: Einrichtung neuer Umweltzonen in der Stadt Köln (02-1600-71/11)
5013/2011
- 3.4 Rehabilitation der Katharina Henot und anderer Opfer der Hexenprozesse in Köln (02-1600-87/11)
0024/2012
- 3.5 Vergabe der Standplätze für die Maronenverkäufer durch Losentscheid (02-1600-91/11)
0087/2012

II. Nichtöffentlicher Teil

4 Mitteilungen

5 Anfragen

5.1 Mündliche Anfragen

5.2 Schriftliche Anfragen

6 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

I. Öffentlicher Teil

1 Mitteilungen

1.1 Bilanz der Beschlüsse 2011 (wurde bereits zur Dezembersitzung umgedruckt) 4973/2011

1.2 Archäologische Zone/Jüdisches Museum (02-1600-82/11) 0059/2012

1.3 Mitteilung über zurückgewiesene Eingabe (Inobhutnahme eines Kindes, 02-1600-65-09) 0294/2012

Frau Domke bittet, dem Ausschuss auch den Brief der Petenten vorzulegen.

1.4 Ergebnis der Lärmmessungen am Brüsseler Platz 0212/2012

Herr Thelen schlägt vor, den in dieser Sache am 19.12.2011 gefassten Beschluss noch einmal zu bekräftigen. Nach Diskussion zwischen den Ausschussmitgliedern wird vereinbart, keinen nochmaligen Beschluss zu fassen, sondern die Mitteilung nur zur Kenntnis zu nehmen.

1.5 Ermäßigte Tickets für öffentliche Verkehrsmittel bei Schulausflügen 0324/2012

Herr Bohndorf, KVB, nimmt zu der Mitteilung Stellung und beantwortet die Fragen aus dem Ausschuss. Er teilt ergänzend mit, dass die Tarifhoheit beim Verkehrsverbund Rhein-Sieg (VRS) liegt. Herr Thelen schlägt den Fraktionen vor, das Thema im Schulausschuss auch noch einmal anzusprechen.

1.6 Bürgereingabe: Domumgebung (02-1600-80-11) 0031/2012

Herr Schneider merkt an, dass in dem in der Mitteilung genannten städtebaulichen Gesamtkonzept für die Domumgebung die Unterführung Johannisstr. (zwischen Breslauer Platz und Alter Wartesaal) ausgelassen worden sei. Er regt an, dies in den zuständigen Fachausschüssen (Verkehrsausschuss und Stadtentwicklungsausschuss) zu hinterfragen.

Der Ausschussvorsitzende Herr Thelen nimmt Bezug auf das Petentenschreiben, in dem auch die Anwesenheit von Bettlern genannt wird. Er bittet, den Petenten folgende

Erklärung zu übermitteln: „Die Anwesenheit von Menschen, die betteln, sollte nicht in Zusammenhang mit dem von Ihnen benannten Zustand der Unordnung und Unsauberkeit gesehen werden. Diese Menschen verdienen Respekt und Hilfe. Eine Gleichsetzung mit den von Ihnen zu Recht beklagten Zuständen lehnen wir ab.“

**1.7 Brüsseler Platz, Stellungnahme zum Gutachten des Kölner Haus- und Grundbesitzervereins
0499/2012**

2 Anfragen

2.1 Mündliche Anfragen

2.2 Schriftliche Anfragen

3 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

**3.1 Bebauung des Grundstücks Linzer Str./Düsternichstr. in Köln-Sülz mit einer temporären Kita (02-1600-37/11)
0077/2012**

Dazu: 3.1.1 Mitteilung des Fachdezernates zur Bebauung des Grundstückes Linzer Str./Düsternichstr. (wurde bereits zur Dezembersitzung umgedruckt)
5045/2011

Herr Stoffele erläutert für die Bürgerinitiative Wir in Sülz-Klettenberg (WISK) deren Eingabe. Frau Melder von der Interessengemeinschaft (IG) Räuberwäldchen ergänzt deren Zielsetzungen und Forderungen. Weitere Betroffene melden sich dazu zu Wort.

Es wird insbesondere die Bedeutung der derzeitigen Spiel- und Freifläche herausgestellt, die für die Bürger als Treffpunkt und Freizeitfläche rege genutzt wird und für die Erholung auch aus medizinischer Sicht sehr wichtig sei. Die Petenten wehren sich gegen eine weitere Reduzierung der Freifläche und Reduzierung der Spielplatzfläche, in die sie aus Spendengeldern circa 30.000 € investiert haben. Sie schlagen alternative Flächen, beispielsweise am Eifelwall (in unmittelbarer Nähe der künftigen Stadtarchivfläche) oder am Uni-Center vor. Außerdem regen sie an, zusätzliche Fläche durch Aufstockung der Bestandsgebäude zu schaffen.

Herr Tappert und Herr Risse vom Schulentwicklungsamt nehmen für die Verwaltung Stellung. Herr Tappert teilt mit, dass die Stadt dringend weitere Plätze für die Kindertagesbetreuung brauche. Die Verwaltung habe alle für eine Kita-Nutzung baurechtlich zulässigen und verfügbaren Flächen geprüft. Der Flächennutzungsplan weise aber nur in sehr begrenzter Zahl geeignete Flächen auf, die für eine solche Nutzung zulässig seien. Zu beachten seien auch die übergeordneten Vorgaben der Stadtplanung, die vom Stadtentwicklungsausschuss beschlossen werden (z.B. für den Grüngürtel).

Herr Koch hinterfragt, ob die Beteiligung der Anwohner und Eltern, die sich für den Spielplatz engagiert haben, nicht besser bzw. früher hätte durchgeführt werden müssen.

Herr Löwisch kritisiert, dass durch diese Baumaßnahme weitere Grünflächen in der Stadt reduziert würden.

Herr Wiener stellt in Frage, ob nicht doch noch Alternativen vorhanden sind. Er lehnt die derzeitige Planung ab und plädiert für eine erneute Prüfung durch die Verwaltung.

Herr Brust schlägt vor, die Flächen am Uni-Center und in unmittelbarer Nähe der künftigen Stadtarchivfläche am Eifelwall sowie die Möglichkeit einer dauerhaften Unterbringung genauer zu prüfen. Eine Bebauung im inneren Grüngürtel halte er nicht für vertretbar.

Frau Domke erklärt, dass nach ihrer Erkenntnis die bestehende Spielfläche rege genutzt würde. Daher plädiere sie ebenfalls für eine nochmalige Prüfung von Alternativen.

Frau Schultes spricht ergänzend an, dass auch bei den temporären Bauten das Erfordernis der Barrierefreiheit zu prüfen sei. Die Verwaltung müsse sich außerdem fragen, ob man die Eltern rechtzeitig über die Nutzungsabsichten informiert habe und ob diese nicht von einem Bestandschutz für den Spielplatz ausgehen konnten. Sie hält es daher ebenfalls für erforderlich, nach alternativen Flächen im Stadtteil Sülz zu suchen.

Herr Schneider plädiert aufgrund der zu geringen Darstellung von Alternativen dafür, die Vorlage in die Verwaltung zurück zu verweisen, um sie nach Überarbeitung erneut im Ausschuss für Anregungen und Beschwerden beraten zu können.

Herr Kretschmer stimmt der Einschätzung zu und schlägt vor, die Vorlage mit dem Auftrag der konkreten Alternativenprüfung und der Einrichtung eines Runden Tisches mit den Bürgerinitiativen zurück an die Verwaltung zu geben.

Frau Herbers-Rauhut plädiert dafür, die Vorlage an die federführenden Fachausschüsse zu verweisen (Jugendhilfeausschuss und Liegenschaftsausschuss).

Beschluss:

Der Ausschuss dankt den Petenten für ihre Eingaben. Er fordert die Verwaltung auf, eine erneute Prüfung durchzuführen, wie der zusätzliche Bedarf an Kindertagesstättenplätzen im Stadtteil Sülz sichergestellt werden kann. Ziel der erneuten Prüfung ist, die Grünfläche (Räuberwäldchen) möglichst im ganzen Umfang zu erhalten.

In die Prüfung sind die von den Petenten vorgeschlagenen Alternativstandorte in Sülz einzubeziehen. Außerdem ist zu prüfen, ob der Bedarf durch Aufstockung des bisherigen Gebäudebestandes gedeckt werden kann. In die Prüfung sind auch die Grundstücke mit einzubeziehen, die bislang aufgrund des Flächennutzungsplans für eine Kita-Nutzung als nicht zulässig gelten.

Bei diesen Überlegungen ist eine größtmögliche Beteiligung der Betroffenen herzustellen.

Die Ergebnisse der Prüfung sind dem Ausschuss für Anregungen und Beschwerden, dem Jugendhilfeausschuss und dem Liegenschaftsausschuss mit einer Beschlussvorlage vorzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3.2 Bürgerantrag: Straßenentwässerung am Südfriedhof (02-1600-65/11) 4747/2011

Der Petent teilt mit, dass er der Antwort der Verwaltung zustimmt. Er gibt aber ergänzend zu bedenken, dass der Kalscheurer Weg nur einspurig geführt wird. Seines Erachtens sollte eine Zweispurigkeit geprüft werden. Außerdem sollte der „Oberer Kormarweg“ in die Prüfung einbezogen werden, da dort viel Schwerlastverkehr herrscht.

Beschluss:

Der Ausschuss bedankt sich bei dem Petenten für seine Anregung und bittet die Verwaltung, die baurechtlichen Voraussetzungen für einen Straßenausbau und eine funktionierende Entwässerung zügig voran zu treiben. Die Verwaltung wird gebeten, den Petenten, die Bezirksvertretung 2 und den Verkehrsausschuss mit einem Zeit-Maßnahmenplan zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3.3 Bürgereingabe: Einrichtung neuer Umweltzonen in der Stadt Köln (02-1600-71/11) 5013/2011

Der Petent erläutert seine Eingabe.

Für die Verwaltung nimmt Herr Dr. Arentz vom Umwelt- und Verbraucherschutzamt Stellung. Er erläutert die Maßnahmen in Zusammenhang mit dem Luftreinhalteplan. Er erklärt, dass die Maßnahmen, die auf die Deutsche Bahn und die Schifffahrt Einfluss nehmen, von Bundesrecht und europäischem Recht abhängen. Auch die Ausnahmeregelungen innerhalb der Umweltzone richten sich nach Bundesrecht.

Herr Schneider plädiert dafür, dass für Kleinunternehmer, die in der Stadt Köln arbeiten, ein adäquater Zeitraum für die Gewährung von Ausnahmegenehmigungen gelten müsse.

Herr Dr. Arentz erklärt, dass die Ausnahmegenehmigungen für ältere Fahrzeuge bis 2014 möglich sind. Angesichts der Ankündigungen seit dem Jahr 2006 könne dies als ausreichender Übergangszeitraum angesehen werden. Der Anteil der „nicht-plakettierbaren“ Fahrzeuge betrage derzeit noch etwa 3 %. Für die Anschaffung schadstoffarmer Fahrzeuge biete die KfW Fördermöglichkeiten an (www.kfw.de).

Herr Thelen schlägt vor, den Hinweis auf diese Fördermöglichkeiten in den Beschluss aufzunehmen. Er hält die Erwähnung, dass der Ausschuss der Verwaltung für die Information des Petenten über die Öffentlichkeitsbeteiligung der Bezirksregierung dankt, für unnötig und bittet diesen Teilsatz im Beschlussvorschlag zu streichen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden bedankt sich bei dem Petenten für seine Eingabe.

Der Ausschuss bekräftigt den Auftrag des Rates aus seinem Beschluss vom 20.12.2011, im Hinblick auf die Reichweite des Luftreinhalteplans zur frühzeitigen Information der Bewohnerinnen und Bewohner, der Gewerbetreibenden und der Besucherinnen und Besucher Kölns

eine eigene Informationskampagne durchzuführen. Dabei soll auch auf die derzeit von der KfW angebotenen Zuschussdarlehen für den Kauf eines schadstoffarmen Kraftfahrzeugs hingewiesen werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3.4 Rehabilitation der Katharina Henot und anderer Opfer der Hexenprozesse in Köln (02-1600-87/11) 0024/2012

Der Vorsitzende, Herr Thelen, leitet den Tagesordnungspunkt mit folgenden Worten ein:

"Zu Beginn der Erörterung dieses Tagesordnungspunktes möchte ich 3 Aspekte nennen:

1. Historisch scheinen der Aberglaube bzw. der Ungeist, der hinter der Hexenverfolgung und den diese bedingenden Vorstellungen steht, wie auch die gesellschaftlichen Machtstrukturen überwunden zu sein.
2. Ich meine aber, dass das Ausmaß der Jahrhunderte dauernden Hexenverfolgung, das heißt der Zahl als auch der grauenhaften Umstände wegen, eine Beschäftigung mit diesem Thema rechtfertigt.
3. Die Art und Weise, wie unschuldige Menschen in diese Prozesse gerieten, durch abergläubische Vorstellungen, Vorurteile - vor allem gegenüber Frauen -, Ausgrenzung, Dämonisierung und haltlose Schuldzuweisungen sollte uns an die Verletzlichkeit eines humanen Zusammenlebens erinnern und mahnen."

Zu den Petitionen, den geschichtlichen Hintergründen und dem Anlass der Eingaben, die auch von Nachfahren der Katharina Henoth und vielen weiteren Unterstützern, beispielsweise der Katharina-Henoth-Gesamtschule, eingebracht wurden, nimmt Herr Hartmut Hegeler ausführlich Stellung. Weitere Petenten ergänzen. Es wird die Haltung und die Antwort des Erzbistums Köln auf die ähnlich lautende Eingabe an den Erzbischof kritisiert.

Für die Verwaltung nimmt Herr Dr. Plassmann vom Historischen Archiv Stellung. Er erklärt, dass sowohl aus heutiger Sicht, aber auch nach dem seinerzeit geltenden Recht die Verurteilung und Hinrichtung von Katharina Henoth als Unrecht einzustufen ist.

Herr Thelen informiert, dass der Ausschuss auch den Generalvikar des Erzbischofs, Herrn Dr. Schwaderlap zu der Sitzung eingeladen habe, dieser aber abgesagt habe.

Herr Kretschmer unterstützt die Petitionen. Er empfindet die damaligen Taten als Unrecht, sowohl als Demokrat als auch als Christ. Er appelliert an das katholische Köln, sich von den Taten zu distanzieren und ein klares Signal gegen Intoleranz und Unrecht zu setzen.

Frau Herbers-Rauhut zitiert einen Text des Jesuiten Friedrich von Spee und plädiert dafür, dass der Rat die Rehabilitation durch konkrete Maßnahmen unterstützt. Geeignet seien beispielsweise kulturelle Aktionen wie das Aufstellen einer Gedenktafel, Ausstellungen oder ähnliches. Sie sieht die Hauptzielrichtung des Ausschusses in der Auseinandersetzung des Rates der Stadt Köln mit seiner damaligen Rolle in den Hexenprozessen.

Frau Domke plädiert dafür, ein Zeichen für die Menschlichkeit und gegen das Unrecht zu setzen. Sie hält es für wichtig, auch die Kirche in der Verantwortlichkeit mit einzubeziehen.

Herr Thelen informiert, dass die Mehrheit der Fraktionen im Vorfeld einen Beschlusstext abgestimmt hat und liest diesen vor.

Eine Petentin, Frau Franken vom Kölner Frauengeschichtsverein, schlägt vor, in den Beschlusstext auch das Merkmal „sexuelle Orientierung“ einzubeziehen.

Zwischen den Fraktionen wird diskutiert, inwieweit die Kirche in den Beschlusstext und die Verantwortung einbezogen wird. Frau Herbers-Rauhut möchte das Hauptaugenmerk auf die staatliche Ebene legen.

Der Ausschuss einigt sich darauf, in den Beschluss einen entsprechenden Appell an das Erzbistum Köln aufzunehmen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden bedankt sich bei den Petenten für ihre Eingabe und ihr Engagement für eine Rehabilitation der Opfer der Hexenprozesse.

Durch die von der Stadt Köln umgesetzten Maßnahmen zur Ehrung und zum Andenken an Katharina Henoth hat der Rat der Stadt Köln schon viel unternommen, aber noch nicht alles getan, um der moralischen und sozialetischen Rehabilitation Ausdruck zu verleihen. Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden bekräftigt diese Rehabilitation und verurteilt die seinerzeit zu Unrecht vollstreckten Hinrichtungen.

Der Ausschuss nimmt die Anregung der Petenten zum Anlass, sich als Gremium des Rates der Stadt Köln ausdrücklich gegen jegliche Missachtung der Menschenwürde und Menschenrechte, ganz unabhängig von Ideologie oder Religion, Hautfarbe oder Nationalität oder sexueller Orientierung, auszusprechen.

Darüber hinaus bittet der Ausschuss den Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales sich mit der Thematik eingehend zu befassen und eine Überweisung an den Rat der Stadt Köln zu prüfen, damit sich dieser in einer offiziellen Erklärung von dem begangenen Unrecht distanzieren und der Ehre und Würde der verurteilten Personen Gerechtigkeit widerfahren lassen kann.

Des Weiteren bittet der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden das Erzbistum Köln, sich ebenfalls von dem ergangenen Unrecht zu distanzieren.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3.5 Vergabe der Standplätze für die Maronenverkäufer durch Losentscheid (02-1600-91/11) 0087/2012

Der Petent teilt mit, dass er seinen Antrag zurückzieht, da sich die Sache durch das Ergebnis aus dem von der Verwaltung genannten Gerichtsverfahren erledigt hat. Er bittet lediglich um ergänzende Information, ob bei anderen Vergaben wie beispielsweise Gastronomie, Obstverkaufsstände, Losverkäufer künftig auch das Losverfahren angewandt würde.

Herr Dr. Höver kündigt dazu eine schriftliche Mitteilung der Fachverwaltung an.

Herr Schneider bittet, die Antwort der Fachverwaltung auch dem Ausschuss für Anregungen und Beschwerden zur Kenntnis zu geben.

Die Eingabe wurde vom Petenten zurückgezogen.

II. Nichtöffentlicher Teil

4 Mitteilungen

5 Anfragen

5.1 Mündliche Anfragen

5.2 Schriftliche Anfragen

6 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Thelen
Ausschussvorsitzender

Droske
Schriftführer